

Zur Zukunft der Europäischen Union

I. Europa mit Leben füllen – die Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt

Die Einigung Europas bleibt ganz oben auf der politischen Agenda. Nur 7,5 Prozent der Weltbevölkerung leben in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Wenn wir nicht noch enger zusammenarbeiten, haben wir keine Chance unsere Werte und unseren Wohlstand zu bewahren.

Aber das irische Referendum hat auch gezeigt, dass Europa stärker auf die Bürger zugehen muss. Sie sind zwar im Allgemeinen für ‚Europa‘, wollen aber die europäischen Entscheidungen, die Rolle ihres Landes und ihre eigenen Möglichkeiten zur Einflussnahme aber besser verstehen. Das Erscheinungsbild der EU wird aber oft als bürokratisch, bevormundend und undurchschaubar empfunden.

Um dem entgegenzuwirken muss z. B. das Bürgerberaternetzwerk „Euro-Jus“ erhalten und ausgebaut werden. In diesem Netzwerk werden die Menschen kostenlos in konkreten Fragen des europäischen Alltages beraten.

Auch wollen wir, dass insbesondere junge Menschen stärker aktiv an der Gestaltung der Europäischen Integration mitwirken. Sowohl in der Schule, aber auch in den Medien sollte Europa eine größere Rolle spielen.

Die Bürgerinnen und Bürger Europas erwarten von der EU die Wahrung von Frieden, Sicherheit und Stabilität, die Bekämpfung organisierter Kriminalität, den Schutz der Umwelt und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wollen europäische Lösungen, dort, wo Europa die Probleme effizient lösen kann. Zugleich wollen sie die Entscheidungshoheit vor Ort in den Kommunen oder auf regionaler und nationaler Ebene, wo dies der besseren Problemlösung dient. Das ist auch ein Hauptziel des Lissaboner Vertrages.

II. Wir wollen den Vertrag von Lissabon – für ein besseres Europa

Alle haben die Aufgabe, Antworten auf die Hauptsorgen der Bürger zur Zukunft der EU zu geben. Hierzu gehören auch die Fragen:

- Welchen Einfluss hat die jeweilige Regierung in der EU und wie nutzt sie ihn?
- Wo sieht die jeweilige Regierung die Grenzen der EU?

Dies gilt in besonderer Weise auch für Deutschland, da die deutsche Bundesregierung als Vertretung des bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten EU-Landes eine herausragende Rolle im europäischen Entscheidungsprozess spielen kann.

Der Vertrag von Lissabon ist hierbei Teil der Lösung. Denn nur, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft treten kann, gibt es

- mehr Demokratie in der EU durch eine Ausweitung der Rechte der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments;
- mehr Transparenz, weil die nationalen Regierungen in den Ministerräten nicht mehr hinter verschlossenen Türen tagen, wenn sie über die europäischen Gesetze entscheiden;
- die größere Kontrolle des Europäischen Parlaments über die EU-Kommission;

- die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips mit einer klareren Kompetenzabgrenzung, die die Bürgerinnen und Bürger besser als bisher nachvollziehen können und die deutlich macht, wo Europa und wo die Mitgliedstaaten bzw. Regionen zuständig sind.

Die Umsetzung dieser Reformen wird Europa in die Lage versetzen, nach Jahren der Beschäftigung mit Vertragsreformen wieder die politischen Sachfragen in den Mittelpunkt zu rücken.

III. Europas Einzigartigkeit bewahren und weiterentwickeln

Der Ausgang der nächsten Europawahl wird entscheidend beeinflussen, ob die Europäische Union zum Nutzen der Bürger weitere Fortschritte erreicht:

- in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik,
- in der gemeinsamen Forschungs- und Innovationspolitik
- in der gemeinsamen Umwelt- und Energiepolitik,
- in der gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik,
- für die Verbesserung des Gesundheitsschutzes,
- bei grenzüberschreitende Sachverhalten für Verkehr und Infrastruktur,
- für wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung,
- bei der effizienten Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, um den internationalen Terrorismus, die grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität und ähnliche Bedrohungen der Sicherheit der Bürger zu bekämpfen.

Schnelle Erweiterungen der EU gefährden ihre innere Stabilität und Handlungsfähigkeit zur Lösung dieser Probleme. Das wollen wir nicht. Nach dem EU-Vertrag hat zwar jedes europäische Land einen prinzipiellen Beitrittsanspruch, wenn es die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit achtet. Aber die Maßstäbe von Aufnahmefähigkeit der EU und der Beitrittsfähigkeit von Beitrittskandidaten dürfen nicht aufgeweicht werden. Hier sind schon bei Rumänien und Bulgarien Fehler gemacht worden, die sich nicht wiederholen dürfen. Nachbarländer Europas können nicht Mitglied der EU werden. Für sie gibt es die enge Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Wenn sie zu unseren Freunden gehören, wie die Türkei, wollen wir ihnen darüber hinaus die privilegierte Partnerschaft anbieten.

Bei der Europawahl 2009 können die Bürgerinnen und Bürger über all diese Fragen abstimmen. Dazu rufen wir die Menschen auf, denn wir wollen, dass Europa Bestand hat, und Lösungen zu den neuen Herausforderungen entwickelt, vor denen wir Europäer im Zeitalter der Globalisierung stehen.